F1 Forderungen der GJ Waldshut Tiengen an Kandidat*innen zur Landtagswahl 2021

Gremium: GJ Waldshut - Sprecher*innen
Beschlussdatum: 09.02.2020

Antragstext

Verkehr

- Zweigleisiger Ausbau der Bahnstrecke zwischen Waldshut und Erzingen sowie die komplette Elektrifizierung der Hochrheinbahn
- Schaffen von ausreichend P+R Parkplätzen
- einen 30 Minuten Takt für die Regionalbahn von 6 bis 20 Uhr und in den Randzeiten 4-6 Uhr und 20-24 Uhr einen 60 Minuten Takt auf der Hochrheinbahn
- Eine kostenlose App für alle Fahrgäste um den Umstieg zu anderen Verkehrsmitteln anzumelden. Dies beinhaltet sowohl Busse als auch Züge. Bei einer Verspätung muss die*der Fahrer*in des vorgemeldeten Verkehrsmittels bis zu 5 Minuten warten.
- Direkte Umstiegsmöglichkeiten von den Zügen auf Anschlussbusse.
- Fahrradwege pendler*innentauglich und kontinuierlich ausbauen. Bisher sind häufig nur tourist*innentaugliche "Höhenwege" vorhanden, um effizient voran zu kommen müssen häufig trotzdem gefährliche Landstraßen genutzt werden
- Ausbau der Bundesstraße B34 mit einem Stadttunnel unter Waldshut
- Bau von Innovativen Lärmschutzmaßnahmen an den Schienen und Straßenwegen

Naturbildung

- Bei der Bepflanzung öffentlicher Grundstücke müssen heimische Obstgehölze und Sträucher verwendet werden; keine leblosen Tuja Hecken; Pflanzen mit essbaren Früchten sollen vorrangig gepflanzt werden
- Schulgarten-Projekte müssen ebenso unterstützt werden, Lehrer*innen sollten langfristig Wochenstunden für eine Schulgarten-AG bekommen sowie für die Anschaffung von Bepflanzung Gelder zu Verfügung gestellt bekommen.
- Um ein besseres Verständnis für die eigenen Nahrungsmittel zu entwickeln, soll jede*r Schüler*in die Möglichkeit bekommen, ein Landwirtschaftspraktikum zu machen. Zudem ist anzustreben, dass jede Klasse sowohl einen Konventionellen als auch einen Biohof besichtigt.

Landwirtschaft

- Verstärkte finanzielle Unterstützung für die Erhaltung/ Schaffung von Strukturen und Landschaftselementen, bspw. Sollten wertvolle

Streuobstbäume anstelle mit 2,5 € zukünftig mit 25€ pro Baum und Jahr gefördert werden

- Stärkere Anreize für eine Fruchtfolge und verbesserte Bodenökologie. (bspw Förderungen für Kulturen wie Soja, Linsen und Mischfrüchte sowie der Förderung der Konservierenden Landwbewirtschaftung)

- Schaffung einer Weidetierprämie von 50€ pro Mutterschaf und Jahr, denn Wanderschäfer leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft

- Dialog beim Thema Wolf

Umweltschutz

- Bebauugunsverbot für Streuobstwiesen ab einer Fläche von 1500 Quadratmetern

- Flächenverbrauch drastisch reduzieren, zum Beispiel durch Verbot des Neubaus einstöckiger Gebäude (siehe Einkaufsmärkte, die mit ihren Parkplätzen und Bungalow-Bauten meist über 3000m^2 beanspruchen)

- Bürgerbeteiligte Photovoltaik und Windkraft -Projekte unterstützen (zum Beispiel durch Schaffung von Anlaufstellen die die Planung und Begleitung solcher Projekte unterstützen)

- Um die Energiewende voranzutreiben müssen Programme vermehrt Anreize für dezentrale Photovoltaikanlagen schaffen, dazu müssen auch Kommunen angesprochen und unterstützt werden.

Bauen

- Einfamilienhäuser sind unsozial, daher müssen Bauten in denen außer dem Familienwohnraum auch eine Wohnung integriert ist gefördert werden, in die die Eigentümer umziehen können wenn nach 20 Jahren die Kinder aus dem Haus sind und daher den Wohnraum für neue Familien freigeben können.

- Zur Umsetzung des Verbots von sog. "Schottergärten" entsprechend §9 der Landesbauordnung muss die Landesregierung aufgefordert werden sich aktiv an die einzelnen Kommunen zu wenden. Zentral muss erreicht werden, dass auch in der kommunalen Bauordnung und Ausschreibungen das Verbot für Schottergärten verankert wird. Zudem sollen Bauunternehmen aufgefordert bis sanktioniert werden die Realisierung von Schottergärten nicht mehr anzubieten.

- Generationenprojekte anregen, alte Menschen ermuntern ihr Haus mit Studierenden zu teilen.

Vereine

- Vereine können einen entscheidenden Teil dazu beitragen Jugendliche vor Extremismus zu schützen und politisch zu sensibilisieren. Damit dies noch besser gelingen kann muss die Landesregierung noch mehr die Vereine bei der Extremismusprävention unterstützen.

Begründung

Der vorgelegte Entwurf wurde größtenteils aus den Forderungen der GJ Breisgau-Hochschwarzwald übernommen und an die Lage im Landkreis Waldshut angepasst.